

Berlin, am 20. Dezember 2021

Pressemitteilung

Der Koalitionsvertrag steht – rot-grün-rot setzt soziales Signal

Der nun von allen Koalitionspartnern unterzeichnete Koalitionsvertrag 2021-2026 ist ein Bekenntnis zu einem sozialen Berlin. Vieles von dem, was auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin und seine Mitglieder für wichtig halten, wie z.B. preiswerten neuen Wohnraum, eine gute soziale Infrastruktur und eine starke Zivilgesellschaft, finde sich darin wieder, betont **Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin:**

„Wir begrüßen die vielen ambitionierten Vorhaben. Jetzt geht es um die Umsetzung in der Praxis, um konkrete Verfahren und vor allem um die Finanzierung dieser vielfältigen und wichtigen Projekte. Wir als Verband und unsere über 800 Mitgliedsorganisationen sind bereit, die Vorhaben gemeinsam mit Politik und Verwaltung zu gestalten.“

Besonders begrüßen wir, dass staatlich geförderte Projekte (Zuwendungen) künftig so finanziert werden, dass die Mitarbeitenden auch eine tarifliche Bezahlung erhalten können. Gut seien auch die Ansätze z.B. in der Eingliederungshilfe, die Menschen mit Behinderungen unterstützt. Mit Hilfe einer Strategiekonferenz sollen diese Angebote besser gesteuert werden. Auch der Landespflegestrukturplan, die bezirklichen Pflegekonferenzen oder das Landeskonzept Sucht sowie die Stärkung des Ehrenamts und der Zivilgesellschaft mit dem Ausbau von Stadtteilzentren sind Schritte in die richtige Richtung. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, dass soziale Organisationen auch Gewerberäume brauchen, um zu arbeiten. Dazu wünscht der Verband sich noch mehr Unterstützung seitens der Politik.

Deutlich irritiert sind wir darüber, dass die Zusammenarbeit mit sozialen gemeinnützigen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden kaum eine Rolle spielt. Beim Kitaplatzausbau entsteht sogar der Eindruck, dass kommunale Einrichtungen bevorzugt werden sollen. Auch das Wahlversprechen der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten, die sogenannte Hauptstadtzulage zu überdenken und neue Instrumente einzuführen, wurde nicht erfüllt. Damit wird die Ungleichbehandlung von Mitarbeitenden in der sozialen Arbeit manifestiert.

„Es ist wichtig, dass Politik, Verwaltung und die Wohlfahrtsverbände gut zusammenarbeiten. Denn es ist ganz klar, nur mit der freien Wohlfahrtspflege und den freien gemeinnützigen Träger wird ein soziales Berlin gelingen“, so Dr. Gabriele Schlimper.

Pressekontakt:

Kathrin Zauter
Pressesprecherin
Tel.: 030 86 00 1 175 / mobil: 0172 292 45 94
zauter@paritaet-berlin.de